

KAIRO+

Parlamentarische Gruppe

Co-Präsidium:

Yvonne Gilli, NR/SG + Marina Carobbio Guscetti, NR/TI

Die **parlamentarische Gruppe KAIRO+** hat sich der Umsetzung des Aktionsprogramms der UNO-Konferenz in Kairo von 1994 verpflichtet. Darauf basierend behandelt der Newsletter Themen zu **sexueller und reproduktiver Gesundheit** im Kontext von *Global Health, Entwicklungszusammenarbeit, Gleichstellung von Frau und Mann und Armutsbekämpfung*.

Newsletter

Ausgabe 3 / 14. September 2010

Liebe Mitglieder der parlamentarischen Gruppe KAIRO+
Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Wir freuen uns, Sie mit der dritten Ausgabe des Newsletters der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ zur Herbstsession zu begrüßen. Im September steht für uns mit dem Gipfel zu den Millenniums-Entwicklungszielen an der UNO-Generalversammlung in New York ein wichtiges Ereignis bevor. Gerne hätten wir ihnen am Treffen der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ mit einem Vertreter der Schweizer Delegation und einer Vertreterin des UNO-Weltbevölkerungsfonds UNFPA aus erster Hand über die Resultate des Gipfels berichtet. Da die Feier der neu gewählten Mitglieder des Bundesrates aber genau auf das Datum unserer Sitzung fiel, mussten wir diese leider annullieren. Wir möchten aber die Gelegenheit nutzen, stattdessen die Millenniums-Entwicklungsziele in diesem Newsletter ausführlicher zu behandeln.

Aktuell

- Vom 20.-22 September findet in New York im Rahmen der UNO-Vollversammlung der **Gipfel zu den UNO-Millenniums-Entwicklungszielen** statt, an dem fünf Jahre vor Ablauf der Frist Bilanz über die Umsetzung der Millenniumsziele gezogen wird. Im Jahre 2000 hatten die UNO-Mitgliedstaaten **8 Millenniums-Entwicklungsziele** verabschiedet, um die weltweite Armut und den Hunger zu halbieren, den Zugang zur allgemeinen Grundschulausbildung sicherzustellen, die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben, die Mütter- und Kindersterblichkeit zu senken, Krankheiten wie HIV/Aids und Malaria zu bekämpfen, die ökologische Nachhaltigkeit zu sichern und eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufzubauen.



Am UNO-Gipfel im September wird die UNO-Vollversammlung nicht nur Zwischenbilanz ziehen sondern auch konkrete Strategien zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungs-

ziele bis 2015 festlegen. Die UNO-Vollversammlung wird vom ehemaligen Bundesrat Joseph Deiss geleitet werden, der im Juni in New York zum Präsidenten der 65. UNO-Generalsversammlung gewählt worden war.

➤ *Offizielle Infos zum Gipfel zu den Millenniums-Entwicklungszielen*
<http://www.un.org/en/mdg/summit2010/>

- Im Juni hat UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon den **Bericht der UNO zu den Millenniums-Entwicklungszielen** vorgestellt. Der Bericht kann einerseits konkrete Fortschritte zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele aufzeigen, wie zum Beispiel bei der Grundschulausbildung von Kindern in den ärmsten Ländern der Welt oder bei der Bekämpfung von HIV/Aids und Malaria. Gleichzeitig stellt der Bericht fest, dass die Lebensumstände der Ärmsten bisher nur unakzeptabel langsam verbessert werden konnten, und manche hart erreichte Errungenschaften durch die Klima-, Lebensmittel- und Wirtschaftskrise unterwandert wurden. Von den Auswirkungen des Klimawandels waren bisher Menschen in Entwicklungsländern besonders betroffen. Der Bericht weist darauf hin, dass die Millenniums-Entwicklungsziele nur mit zusätzlichen Anstrengungen und unter Voraussetzung des politischen Willens sowohl jedes einzelnen Landes als auch der internationalen Gemeinschaft erreicht werden können.

➤ *UNO-Bericht zu den Millenniums-Entwicklungszielen 2010*
<http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG%20Report%202010%20En%20r15%20-low%20res%2020100615%20-.pdf>

- Der Bundesrat hat im Juni den **Zwischenbericht der Schweiz zu den Millenniums-Entwicklungszielen** verabschiedet. Der Bericht zeigt anhand von konkreten Beispielen die Bedeutung der Millenniums-Entwicklungsziele für die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit und veranschaulicht anhand der acht Ziele, wie die Schweiz, in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnerorganisationen zur Erreichung der MDGs beiträgt.

➤ *Millenniums-Entwicklungsziele – Zwischenbericht der Schweiz 2010*
http://www.cosude.ch/de/Home/Aktuell/News_Detailansicht?itemID=193371

- **Patricia Schulz**, die Direktorin des eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Mann und Frau, ist in den **UNO-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau CEDAW** gewählt worden. Mit Patricia Schulz wird die Schweiz ab Januar 2011 erstmals im Ausschuss der UNO-Frauenrechtskonvention vertreten sein. Die parlamentarische Gruppe KAIRO+ gratuliert Patricia Schulz, welche wiederholt an Sitzungen der Gruppe als Expertin aufgetreten ist, zur Wahl.

➤ *Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women CEDAW*
<http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/>

- Die **Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs** war das Schwerpunktthema der letzten Sitzung der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ am 17. Juni 2010. **Dr. Virginie Masserey, die Leiterin der Sektion Impfungen des Bundesamtes für Gesundheit BAG**, hat die Umsetzung der nationalen Empfehlungen in den Kantonen vorgestellt. Wie eine von PLANeS im Auftrag des BAG durchgeführten Studie zeigt, gibt es diesbezüglich grosse

kantonale Unterschiede. Diese stechen insbesondere bei der Frage der erwünschten Durchimpfung hervor: So lag die Durchimpfung der Zielgruppe im Kanton Zug bei 11 % während sie im Kanton Jura 70 % erreichte. Im Schweizer Durchschnitt liegt sie bei 36 %, mit 29 % für die Deutschschweiz und 57 % für die welsche Schweiz. Handlungsbedarf besteht auch beim Zugang zu adäquaten Informationen zur HPV-Impfung. Diesbezüglich bestehen auch grosse kantonale Unterschiede.

In einem zweiten Teil der Sitzung der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ hat **Tormond Simensen**, Senior Manager von **GAVI**, der **Global Alliance for Vaccines and Immunisation**, die Bedeutung der HPV-Impfung auf internationaler Ebene vorgestellt. In Entwicklungsländern, in denen der Zugang zu Tests und Behandlung meist fehlen, sind die Frauen in besonderem Masse von Gebärmutterhalskrebs betroffen. Nach Angaben von Tormod Simensen sterben jährlich 270'000 Frauen an Gebärmutterhalskrebs, 80 % der Betroffenen sind Frauen in Entwicklungsländern. Die Forderung nach universalem Zugang zu Präventionsmassnahmen gegen Gebärmutterhalskrebs wurde auch im Juni an der **Women Deliver Konferenz** in Washington gestellt.

GAVI Alliance ist eine öffentlich-private Partnerschaft, an der sich Geber- wie Entwicklungsländer, die Industrie und internationale Organisationen wie WHO und UNICEF beteiligen, mit dem Ziel, den Zugang zu Impfungen in Entwicklungsländern zu verbessern.

➤ *Infos zur HPV-Impfung:*

<http://www.bag.admin.ch/themen/medizin/00682/00684/03853/index.html?lang=de>

➤ *GAVI: Global Alliance for Vaccines and Immunisation:*

<http://www.gavialliance.org/>

- Am 2. September hat die **Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SGK des Nationalrats** das **Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung** diskutiert und einen Grundsatzentscheid zur Struktur getroffen. Auf die vom Bundesrat vorgeschlagene Schaffung eines Schweizerischen Instituts für Prävention und Gesundheitsförderung will die SGK verzichten. Stattdessen soll die bestehende Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz neu positioniert werden und gesetzlich gewisse Aufgaben übertragen erhalten. So soll sie Beiträge an konkrete Präventionsprojekte gewähren, nicht aber selber solche Projekte umsetzen können. Die Kommission beauftragt die Verwaltung, dieses Konzept noch genauer auszuarbeiten.

➤ *Medienmitteilung der SGK-N:*

<http://www.parlament.ch/d/mm/2010/Seiten/mm-sgk-n-2010-09-03.aspx>

- Im März hat **Nationalrätin Yvonne Gilli**, Co-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe KAIRO+, die **Interpellation „Sexuelle und reproduktive Gesundheit der Frau in der Schweiz. Eine Privatsache?“** eingereicht. Darin stellt sie dem Bundesrat Fragen über den Zugang in der Schweiz zu Verhütungsmitteln und die Prävention unerwünschter Schwangerschaften. In seiner Antwort vom Juni erklärt der Bundesrat, er teile die Meinung der Interpellantin, dass der Zugang zu wirksamen Verhütungsmitteln, adäquater Beratung und sicherem Schwangerschaftsabbruch zentral für die reproduktive Gesundheit der Frau sei. Grundsätzlich sei dieser Zugang in der Schweiz schon heute dank dem Bundesgesetz über die Schwangerschaftsberatungsstellen gewährleistet. Gegenüber Bevölkerungsgruppen wie MigrantInnen müssten die Präventionsaktivitäten allerdings verstärkt werden, da für sie klare Hürden im Zugang bestünden. Dies hätte eine schweizweite Studie von PLANes ergeben. Für bestimmte Zielgruppen sei auch

finanzielle Unterstützung nötig, schreibt der Bundesrat.

➤ *Interpellation Yvonne Gilli*

http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20103104

- Ebenfalls während der Frühjahrssession hat **Nationalrätin Doris Stump** den Bundesrat in einer **Motion** beauftragt, medizinisch verschriebene Verhütungsmittel für alle Bevölkerungsgruppen leicht zugänglich zu machen, indem er diese **Verhütungsmittel in den Grundkatalog der Krankenversicherungen** aufnimmt. In seiner Antwort vom Juni vertritt der Bundesrat die Auffassung, es liege in der Verantwortung der Versicherten, unerwünschte Schwangerschaften zu vermeiden und eine Kostenübernahme von Verhütungsmitteln liege ausserhalb des Aufgabenbereiches der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Er räumt jedoch ein, diese individuelle Verantwortung könne bei gewissen Bevölkerungsgruppen wie Migrantinnen in prekären Verhältnissen oder jungen Frauen unterstützt werden, indem niederschwellige Beratungszentren subventionierte Verhütungsmittel in diesen Zielgruppen abgeben.

➤ *Motion Doris Stump*

http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20103306

Agenda

- Vom 20.-22 September findet in New York im Rahmen der UNO-Vollversammlung der **Gipfel zu den UNO-Millenniums-Entwicklungszielen** statt (siehe aktuell).
- Am 20. Oktober erscheint der diesjährige **State of World Population SWOP Bericht des UNO-Weltbevölkerungsfonds** zum Thema: From conflict and crisis to renewal: generations of change. Mit konkreten Fallbeispielen wird darin auch auf die spezifische Lage von Frauen in Krisen und Konfliktgebieten eingegangen. Am **21. Oktober** laden die DEZA, PLANes und UNFPA die ParlamentarierInnen zu einem **Mittagslunch** ein, an dem **Safyie Cagar, Informationschefin von UNFPA** in Anwesenheit von **DEZA-Direktor Martin Dahinden** den Bericht vorstellt.
Bitte reservieren sie sich das Datum. Eine offizielle Einladung folgt demnächst.
Weitere Informationen: susanne.rohner@plan-s.ch
- Die **parlamentarische Studienreise nach Bangladesh** ist auf Anfang 2011 verschoben worden und findet definitiv vom **9. bis 13. Januar 2011** statt. Sie wird vom Büro Genf des UNO-Weltbevölkerungsfonds UNFPA für Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus der Schweiz, Deutschland und Österreich angeboten. Es sind Besuche in verschiedenen Entwicklungsprojekten in den Bereichen Bevölkerung und Entwicklung, Müttergesundheit, Stärkung der Frauenrechte, Fistulabekämpfung und HIV/Aids Vorsorge geplant.
Interessierte können sich melden bei: susanne.rohner@plan-s.ch
- **Daten der nächsten Sitzungen der parlamentarischen Gruppe KAIRO+:**
Die Sitzungen finden jeweils am 3. Donnerstag der Session im Bundeshaus statt:
 - Herbstsession: 30. September: → **Sitzung musste aufgrund der Feier der neu gewählten Mitglieder des Bundesrates annulliert werden**
 - Wintersession: **16. Dezember**

Zeit: 13.00-14.30 Uhr

Ort: Bundeshaus, Komm.Zim 286

Genaues Programm folgt. Kontakt: susanne.rohner@plan-s.ch

Wissen

Millenniums-Entwicklungsziel 5: Verbesserung der Müttergesundheit

Mit Millenniums-Entwicklungsziel 5 soll die Gesundheit von Müttern verbessert werden. Konkret soll zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel gesenkt werden. Zudem soll bis 2015 der allgemeine Zugang zu medizinischer Versorgung bei Schwangerschaft und Geburt verwirklicht werden. Dieser umfasst auch Zugang zu Informationen und Methoden der Familienplanung.

Wie der im Juni publizierte UNO-Bericht zu den Millenniums-Entwicklungszielen festhält, ist die Müttergesundheit einer der Bereiche, in welchem das Gefälle zwischen Arm und Reich am auffälligsten ist. Während in Industrieländern fast alle Geburten von medizinisch ausgebildeten Fachleuten begleitet werden, erhalten weniger als die Hälfte der Frauen in Entwicklungsländern entsprechende Unterstützung. Gleiches gilt für die Zeit während der Schwangerschaft. In gewissen ländlichen Gegenden in Entwicklungsländern erhält nur eine von drei schwangeren Frauen die empfohlene Betreuung während der Schwangerschaft.

Heute noch stirbt jede Minute weltweit eine Frau an Komplikationen während der Schwangerschaft oder Geburt. 99% von ihnen leben in Entwicklungsländern. Ein grosser Teil dieser Todesfälle könnten verhindert werden, wenn die Frauen Zugang zu einer medizinischen Basisversorgung hätten. Zudem gibt es weltweit mehr als 200 Millionen Frauen, denen trotz Bedarf keine Verhütungsmittel zur Verfügung stehen. Millenniums-Entwicklungsziel 5 ist auch zentral für die Erreichung der anderen Entwicklungsziele.

Kontakt

Bei Fragen wenden sie sich bitte an **PLANes**, die Schweizerische Stiftung für sexuelle und reproduktive Gesundheit, welche für die parlamentarische Gruppe KAIRO+ das Sekretariat führt: Kontakt: susanne.rohner@plan-s.ch

Der Newsletter erscheint viermal jährlich. Falls sie den Newsletter nicht erhalten möchten, können sie sich über die obige Mailadresse von der Verteilliste streichen lassen.